Sächsischer Landtag
5. Wahlperiode

DRUCKSACHE 5 / 865

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Sabine Friedel
SPD-Fraktion

Thema: Verständnis der Sächsischen Staatsregierung vom öffentlichen Dienst im Freistaat Sachsen

In einem „im Advent 2009" versandten Schreiben bedankt sich Ministerpräsident Tillich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der sächsischen Landesverwaltung für „Ihre Leistungen und Ihren Einsatz". „Die Wählerinnen und Wähler haben mir nach über einem Jahr im Amt ihr Vertrauen ausgesprochen", stellt der Ministerpräsident fest. „Ich danke Ihnen ganz persönlich für Ihren Anteil am erfolgreichen Wahljahr 2009."

Die Weihnachtswünsche des Ministerpräsidenten wurden zum Teil als Vereinnahmung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der sächsischen Landesverwaltung durch die CDU empfunden. So wies der Landesverband Sachsen der Deutschen Steuergewerkschaft darauf hin, dass „Motiv für gute Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen [...] nicht die Wiederwahl der CDU" sei; der Sächsische Beamtenbund erklärte, „die Beschäftigten im öffentlichen Dienst vollziehen aber keineswegs Parteiprogramme oder gar die Ideen irgendeiner Partei", sondern „arbeiten verfassungsgemäß nur nach Recht und Gesetz."

Ohne Zweifel verdient die Arbeit der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Freistaat Sachsen Lob und Anerkennung. Die Zuschreibung des Ministerpräsidenten lässt jedoch gerade vor dem Hintergrund von Art. 92 Abs. 1 der Sächsischen Verfassung („Die Bediensteten des Freistaates und der Träger der Selbstverwaltung sind Diener des ganzen Volkes, nicht einer Partei oder sonstigen Gruppe ...") unglücklicherweise Zweifel über das Verständnis der Staatsregierung von der Natur des öffentlichen Dienstes offen.

Fragen an die Staatsregierung:

1. Der Ministerpräsident schreibt: „Wir haben die Wahlen auch deshalb gewonnen, weil Sie in der Verwaltung unsere politischen Ideen umsetzen...". Wer ist mit der Formulierung „Wir" gemeint?
2. Welche Anhaltspunkte liegen der Staatsregierung darüber vor, dass Beschäftigte des Freistaates Sachsen ungeachtet ihrer Verfassungspflicht zur parteipolitischen Neutralität zum Wahlerfolg einer bestimmten Partei beigetragen haben?
3. Wie beabsichtigt die Staatsregierung, den durch das Schreiben des Ministerpräsidenten entstandenen Eindruck der parteipolitischen

b. w.

Eingegangen am: 04. JAN. 2010 Ausgegeben am:

Vereinnahmung aller Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Freistaat Sachsen auszuräumen?

4. Der Ministerpräsident bittet die Beschäftigten in seinem Schreiben darum, den Prozess der Verwaltungsmodernisierung offen und fair mitzugestalten. Gibt es Anhaltspunkte dafür, dass Beschäftigte den Prozess nicht offen und fair mitgestalten wollen?
5. Besteht zwischen dem im Schreiben des Ministerpräsidenten angekündigten „Prozess einer umfassenden Verwaltungsmodernisierung" und dem in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten vom 11.11.2009 angekündigten Abbau von 18.000 Stellen im öffentlichen Dienst bis zum Jahr 2020 ein Zusammenhang; wenn ja, welcher?

Dresden, 04.01.2010

Sabine Friedel, MdL